



Ökonomische Analyse des Rechts

Hrsg.: Peter Behrens, Manfred Holler, Claus Ott,
Hans-Bernd Schäfer

Hans-Wilhelm Krüger

Öffentliche und private Durchsetzung des Kartell- verbots von Art. 81 EG

Eine rechtsökonomische Analyse



GABLER EDITION WISSENSCHAFT

Hans-Wilhelm Krüger

**Öffentliche und private Durchsetzung des Kartellverbots
von Art. 81 EG**

GABLER EDITION WISSENSCHAFT

Ökonomische Analyse des Rechts

Herausgegeben von

Professor Dr. Peter Behrens

Professor Dr. Manfred Holler

Professor Dr. Claus Ott

Professor Dr. Hans-Bernd Schäfer (schriftführend)

Universität Hamburg, Fachbereich Rechtswissenschaft II

Die ökonomische Analyse des Rechts untersucht Rechtsnormen auf ihre gesellschaftlichen Folgewirkungen und bedient sich dabei des methodischen Instrumentariums der Wirtschaftswissenschaften, insbesondere der Mikroökonomie, der Neuen Institutionen- und Konstitutionenökonomie. Sie ist ein interdisziplinäres Forschungsgebiet, in dem sowohl Rechtswissenschaftler als auch Wirtschaftswissenschaftler tätig sind und das zu wesentlichen neuen Erkenntnissen über Funktion und Wirkungen von Rechtsnormen geführt hat.

Die Schriftenreihe enthält Monographien zu verschiedenen Rechtsgebieten und Rechtsentwicklungen. Sie behandelt Fragestellungen aus den Bereichen Wirtschaftsrecht, Vertragsrecht, Haftungsrecht, Sachenrecht und verwaltungsrechtliche Regulierung.

Hans-Wilhelm Krüger

Öffentliche und private Durchsetzung des Kartell- verbots von Art. 81 EG

Eine rechtsökonomische Analyse

Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Peter Behrens

Deutscher Universitäts-Verlag

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dissertation Universität Hamburg, 2007

1. Auflage November 2007

Alle Rechte vorbehalten

© Deutscher Universitäts-Verlag | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007

Lektorat: Frauke Schindler / Sabine Schöller

Der Deutsche Universitäts-Verlag ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.duv.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: Regine Zimmer, Dipl.-Designerin, Frankfurt/Main

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-8350-0942-4

Geleitwort

Das Kartellverbot gemäß Art. 81 EG ist seit jeher sowohl „öffentlich“, d.h. durch die dafür zuständigen Behörden (EG-Kommission und mitgliedstaatliche Kartellbehörden), als auch „privat“, d.h. durch die betroffenen Privatrechtssubjekte (vor den Zivilgerichten), durchgesetzt worden. Dabei hat jedoch die öffentliche Durchsetzung in der Rechtsanwendungspraxis ganz im Vordergrund gestanden. Das hatte seinen Grund insbesondere in Art. 9 der früheren Kartellverordnung Nr. 17, der die ausschließliche Zuständigkeit der Kommission für Freistellungsentscheidungen gemäß Art. 81 Abs. 3 EG vorsah. Privatrechtssubjekte haben zwar die Rechtsfolgen von Verstößen gegen Art. 81 Abs. 1 EG in zivilrechtlichen Streitigkeiten vor den mitgliedstaatlichen Gerichten geltend machen können. Die unmittelbare Anwendbarkeit des Kartellverbots erlaubte es ihnen etwa, sich als Beklagte auf die Einwendung der Nichtigkeit eines Kartellvertrags gemäß Art. 81 Abs. 2 EG zu berufen oder gegebenenfalls nach mitgliedstaatlichem Recht Schadensersatz zu verlangen. Vor allem in Deutschland hat die letztere Möglichkeit jedoch angesichts der restriktiven Voraussetzungen, welche die Rechtsprechung insoweit formuliert hat (insbesondere hinsichtlich des individual-schützenden Charakters des Kartellverbots), keine nennenswerte Bedeutung erlangt, zumal die gerichtliche Feststellung eines Verstoßes gegen Art. 81 Abs. 1 EG immer unter dem Vorbehalt einer Freistellung durch die Kommission stand.

Mit der grundlegenden „Modernisierung“ des Europäischen Kartellrechts durch Einführung der neuen EG-Kartellverordnung Nr. 1/2003 ist nun zum einen das Freistellungsmonopol der Kommission aufgegeben und das Prinzip der „integralen Anwendung“ von Art. 81 Abs. 1 und Abs. 3 EG eingeführt worden. Die Zuständigkeit der mitgliedstaatlichen Zivilgerichte zur Anwendung von Art. 81 EG beschränkt sich somit nicht mehr nur auf das Kartellverbot des Art. 81 Abs. 1 EG, sondern schließt die Prüfung der Freistellungs Voraussetzungen gemäß Art. 81 Abs. 3 EG ein. Damit verlagert sich der Schwerpunkt der Rechtsanwendung weg von der Kommission auf die Ebene der Mitgliedstaaten (Dezentralisierung der Kartellrechtsdurchsetzung). Zum anderen gehört es zur Modernisierungsstrategie der Kommission, künftig neben der kartellbehördlichen Durchsetzung des Kartellverbots auch dessen private Durchsetzung im Wege von Schadensersatzklagen zu stärken (Privatisierung der Kartellrechtsdurchsetzung). Zu diesem Zweck hat die Kommission Ende 2005 ein inzwischen viel diskutiertes Grünbuch vorgelegt.

Zu dieser Diskussion will die vorliegende Dissertation einen grundlegenden Beitrag leisten, indem sie aus ökonomischer Perspektive die relativen Vor- und Nachteile der öffentlichen und der privaten Durchsetzung des Kartellverbots analysiert. Der Analyse liegt ein institutionenökonomischer Ansatz zugrunde, der die alternativen Verfahren der Durchsetzung von Rechtsnormen unter dem Aspekt sowohl ihrer gesellschaftlichen Nutzen und Kosten vergleicht, als auch unter dem Aspekt ihres Einflusses auf die Bilanz der Normadressaten bezüglich der individuellen Nutzen und Kosten eines normgemäßen oder normwidrigen Verhaltens. Normadressaten werden dabei als rational kalkulierende Individuen gedacht, die ihr Verhalten an den individuellen Nutzen und Kosten ausrichten. Sie entscheiden sich für einen Normverstoß, sofern dessen Nutzen die Kosten übersteigt. Diese Kosten werden nun maßgeblich durch das System der Rechtsnormen und der Sanktionierung von Normverstößen bestimmt. Das Rechtssystem steuert auf diese Weise das individuelle Verhalten. Die Normdurchsetzung sollte hiernach möglichst so ausgestaltet sein, dass sie für die Normadressaten hinreichende Anreize setzt, sich normgemäß zu verhalten. Andererseits ist die Normdurchsetzung immer auch mit Kosten für die Gesellschaft verbunden. Der gesellschaftliche Nutzen aus dem normgemäßen Verhalten der Normadressaten muss daher bei ökonomischer Betrachtung immer auch ins Verhältnis gesetzt werden zu den gesellschaftlichen Kosten der Normdurchsetzung. Eben dies ist der methodische Ausgangspunkt für die in der vorliegenden Dissertation vorgenommene vergleichende Untersuchung der behördlichen und der privaten Durchsetzung des Kartellverbots.

Der Verfasser kommt in seiner höchst lesenswerten Untersuchung zu sehr beachtenswerten Ergebnissen. Für die aus ökonomischer Perspektive stets im Vordergrund stehende Abschreckungswirkung der Durchsetzung von Rechtsnormen würde die ausschließlich kartellbehördliche Verfolgung von Kartellverstößen vorzuziehen sein, da sie sich insgesamt als die kostengünstigere und damit „effizientere“ Alternative erweist. Die daneben mögliche private Durchsetzung verursacht vergleichsweise hohe gesellschaftliche Kosten, aber keinen entsprechenden gesellschaftlichen Zusatznutzen. Dennoch hält der Verfasser aus verschiedenen Gründen an der (auch) privaten Möglichkeit der Kartellrechtsdurchsetzung fest: Hervorgehoben wird die spezifisch individualschützende Funktion privatrechtlicher Schadensersatzansprüche, die nicht allein auf Abschreckung künftiger Normverletzungen ausgerichtet ist, sondern auch auf Ausgleich erlittener Einbußen. Andererseits ist es aber aus rechtlichen Gründen auch nicht möglich, die privaten Schadensersatzansprüche im kartellbehördlichen Verfahren der Kommission gleich mit zu erledigen. Das Nebeneinander von öffentlicher und pri-

vater Rechtsdurchsetzung ist daher aus rechtlichen – nicht aus ökonomischen – Gründen unvermeidlich und wesentliches Strukturmerkmal des Gemeinschaftsrechts.

Insgesamt trägt die vorliegende Untersuchung somit nicht nur zur Klärung der Vor- und Nachteile öffentlicher bzw. privater Kartellrechtsdurchsetzung bei, sondern sie leistet auch einen grundlegenden Beitrag zum Verständnis des Verhältnisses von Ökonomie und Recht.

Prof. Dr. Peter Behrens

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2007 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen.

Mein Dank gilt zuerst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Peter Behrens, der meine Arbeit stets konstruktiv mit wertvollen Hinweisen betreut hat. Herrn Prof. Dr. Marian Paschke muss ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens danken.

Ferner danke ich dem Graduiertenkolleg für Recht und Ökonomik an der Universität Hamburg, das mir die erforderliche fruchtbare akademische Umgebung für meine Arbeit geboten hat. Insoweit gebührt Herrn Prof. Dr. Hans-Bernd Schäfer mein Dank für die Aufnahme in das Graduiertenkolleg und die damit verbundene finanzielle Unterstützung in Gestalt meines Promotionsstipendiums, für das ich auch der Deutschen Forschungsgemeinschaft Dank schulde. Bei meinen Kollegen am Graduiertenkolleg bedanke ich mich für zahlreiche interessante weiterführende Diskussionen.

Für immer nützliche inhaltliche Anregungen und Hinweise möchte ich Frau Dr. Heike Schweitzer besonders danken, die mir bei der Auswahl des Themas und im Anfangsstadium meiner Arbeit unschätzbare Hilfe geleistet hat. Auch Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst-Joachim Mestmäcker danke für interessante Gespräche während meiner Arbeit am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht.

Ferner gilt mein Dank Herrn Prof. Philip Sutherland für die freundliche Betreuung während meines Forschungsaufenthaltes an der Stellenbosch University, Südafrika.

Schließlich möchte ich Frau Elvira Dorsman ganz herzlich für ihre unermüdliche Unterstützung meiner Arbeit in allen Phasen ihrer Entstehung und vor allem für die äußerst hilfreiche Durchsicht des Manuskripts danken.

Gewidmet ist diese Arbeit meinen Eltern, die mich immer und bei allem, was ich gemacht habe, voll und ganz unterstützt haben.

Hans-Wilhelm Krüger

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Kapitel 1 Einleitung	1
A. Einführung	1
B. Gang der Untersuchung	2
C. Grundlagen der Rechtsdurchsetzung	5
Kapitel 2 Art. 81 EG im System der EG – Wettbewerbsregeln	18
A. Überblick über die EG – Wettbewerbsregeln	18
B. Art. 81 EG	23
Kapitel 3 Durchsetzung von Art. 81 EG	53
A. Bedeutung des Durchsetzungssystems für Art. 81 EG	53
B. Öffentliche Durchsetzung von Art. 81 EG	55
C. Private Durchsetzung von Art. 81 EG	88
Kapitel 4 Ökonomische Theorie der Rechtsdurchsetzung	151
A. Allgemeine ökonomische Theorie der Rechtsdurchsetzung	151
B. Ökonomische Theorie der öffentlichen und privaten Durchsetzung	188
Kapitel 5 Vergleich der öffentlichen und privaten Durchsetzung von Art. 81 EG	217
A. Eignung des rechtsökonomischen Ansatzes	217
B. Anwendung der ökonomischen Theorie der Rechtsdurchsetzung auf die öffentliche und private Durchsetzung von Art. 81 EG	221
C. Ergebnis des Vergleichs der Durchsetzungsformen bei Art. 81 EG	308
D. Rechtspolitische Schlussfolgerungen aus dem Vergleich der Durchsetzungsformen bei Art. 81 EG	313
Kapitel 6 Zusammenspiel der öffentlichen und der privaten Durchsetzung von Art. 81 EG	319
A. Kombination von öffentlicher und privater Durchsetzung	319
B. Auswirkungen der Kombination	322
C. Optimales Zusammenspiel	327
D. Ergebnis Zusammenspiel der Durchsetzungsformen bei Art. 81 EG	341
E. Rechtspolitische Schlussfolgerungen für das Zusammenspiel von privater und öffentlicher Durchsetzung bei Art. 81 EG	342

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1 Einleitung	1
A. Einführung	1
B. Gang der Untersuchung	2
C. Grundlagen der Rechtsdurchsetzung	5
I. Funktion und Aufbau von Rechtsnormen	5
1. Soziale Normen	6
2. Aufbau von Rechtsnormen	7
3. Zweck der Rechtsfolgenandrohung	7
II. Notwendigkeit der Durchsetzung	8
III. Systeme der Rechtsdurchsetzung	9
1. Zeitpunkt der rechtlichen Intervention	10
a. Prävention	10
b. Abschreckung	11
2. Art der Sanktion	12
a. Sanktionsform	12
b. Adressat der Sanktion	12
3. Durchsetzungsform	13
a. Öffentliche Durchsetzung	13
b. Private Durchsetzung	14
c. Abgrenzung	16
IV. Zusammenfassung zu den Grundlagen der Rechtsdurchsetzung	16
Kapitel 2 Art. 81 EG im System der EG – Wettbewerbsregeln	18
A. Überblick über die EG – Wettbewerbsregeln	18
I. System der EG-Wettbewerbsregeln	18
II. Zweck der EG-Wettbewerbsregeln	20
1. Allgemeiner Zweck der Wettbewerbsregeln	20
2. Weiterer Zweck der EG-Wettbewerbsregeln	22
B. Art. 81 EG	23
I. Allgemeines	23
II. Struktur von Art. 81 EG	24
1. Verbotstatbestand des Art. 81 Abs. 1 EG	24
a. Tatbestandsmerkmale	24
b. Verhältnis zum Kartellrecht der Mitgliedstaaten	26
2. Freistellungstatbestand des Art. 81 Abs. 3 EG	27
a. Freistellungsvoraussetzungen	27
b. Rechtsnatur	28
aa. Altes System der VO 17	28
bb. Neues System der VO 1/03	29
c. Gruppenfreistellung	31
d. Auswirkungen des Systemwechsels	32
3. Rechtsfolgen	34
III. Verschiedene Arten der Wettbewerbsbeschränkung	35

1.	Horizontale Wettbewerbsbeschränkungen	35
a.	Horizontale Kernbeschränkungen	36
aa.	Gesellschaftlicher Schaden	37
bb.	Geschädigte	39
cc.	Vorteil der Normadressaten	41
dd.	Zugang zu Informationen	41
ee.	Zusammenfassung zu den horizontalen Kernbeschränkungen	42
b.	Sonstige horizontale Wettbewerbsbeschränkungen	43
2.	Vertikale Wettbewerbsbeschränkungen	45
a.	Vertikale Kernbeschränkungen	46
aa.	Arten vertikaler Kernbeschränkungen	47
bb.	Folgen vertikaler Kernbeschränkungen	48
b.	Sonstige vertikale Wettbewerbsbeschränkungen	49
aa.	Arten sonstiger vertikaler Wettbewerbsbeschränkungen	50
bb.	Folgen sonstiger vertikaler Wettbewerbsbeschränkungen	50
3.	Zusammenfassung zu den Arten der Wettbewerbsbeschränkung	51

Kapitel 3 Durchsetzung von Art. 81 EG 53

A. Bedeutung des Durchsetzungssystems für Art. 81 EG 53

B. Öffentliche Durchsetzung von Art. 81 EG 55

I.	Verfahren	56
1.	Anwendbares Recht und Zuständigkeit	56
2.	Verfahrensablauf und Verteidigungsrechte des Normadressaten	58
a.	Verfahrensgrundsätze	58
b.	Verfahrensaufbau	59
c.	Verfahrensrechtliche Schutzrechte des Normadressaten	59
3.	Informationsmittel der Kommission	61
a.	Beschwerden	62
b.	Leniency-Anträge	63
c.	Austausch von Informationen	65
aa.	Informationsaustausch im ECN	65
bb.	Informationsaustausch mit sonstigen Wettbewerbsbehörden	66
cc.	Informationsaustausch mit den mitgliedstaatlichen Gerichten	67
d.	Ermittlungsbefugnisse der Kommission	67
aa.	Informationsrechte	68
bb.	Nachprüfungsbefugnisse	68
cc.	Enquêtebefugnis	69
4.	Zusammenfassung zum Verfahren der öffentlichen Durchsetzung	70
II.	Sanktionen	71
1.	Verhaltenspflichten	71
a.	Feststellung und Abstellung der Zuwiderhandlung	71
b.	Bloße Feststellung der Rechtswidrigkeit	72
c.	Verpflichtungszusagen	73
d.	Einstweilige Maßnahmen	73
2.	Geldbußen	74
a.	Voraussetzungen	75

b.	Adressat	76
c.	Berechnung.....	77
aa.	Höchstgrenze	77
bb.	Berechnungsmaßstäbe	78
(1)	Leitlinien zur Geldbußenberechnung.....	78
(2)	Leniency-Regelung	80
cc.	Zinsen	81
d.	Verjährung.....	81
3.	Sonstige Sanktionen der Kommission	81
4.	Sonstige Sanktionen in anderen Rechtsordnungen.....	82
a.	Vorteilsabschöpfung	82
b.	Strafrechtliche Sanktionen	83
c.	Sanktionen gegen die Entscheidungsträger.....	85
5.	Zusammenfassung zu den Sanktionen der öffentlichen Durchsetzung	86
III.	Gerichtliche Überprüfung.....	86
IV.	Zusammenfassung zur öffentlichen Durchsetzung von Art. 81 EG	88
C.	Private Durchsetzung von Art. 81 EG	88
I.	Nichtigkeit der Vereinbarung.....	90
1.	Voraussetzungen.....	90
2.	Berechtigte	90
3.	Wirkung	91
4.	Prozessualer Rahmen.....	92
5.	Zusammenfassung zur Sanktion der Nichtigkeit.....	93
II.	Schadensersatz.....	93
1.	Anspruchsgrundlage	93
a.	Gemeinschaftsrecht	94
b.	Mitgliedstaatliches Recht.....	95
2.	Anspruchsberechtigte.....	96
a.	Wettbewerber der Beteiligten	97
b.	Marktgegenseite	98
aa.	Direkte Abnehmer	99
bb.	Indirekte Abnehmer	100
c.	Beteiligte des Wettbewerbsverstoßes.....	103
d.	Verbände	105
3.	Anspruchsvoraussetzungen.....	105
a.	Verstoß gegen Art. 81 EG.....	106
b.	Kausaler Schaden	106
c.	Rechtswidrigkeit und Verschulden	107
4.	Anspruchsinhalt	108
a.	Schadensberechnung	109
aa.	Differenzhypothese.....	109
(1)	Hypothetischer Wettbewerbspreis.....	109
(2)	Entgangener Gewinn	111
bb.	Berücksichtigung des Vorteils des Normadressaten	112
cc.	Überkompensatorische Ansprüche	114
b.	Passing-on	115

c.	Mitverschulden.....	118
d.	Zinsen.....	118
e.	Verjährung.....	119
5.	Anspruchsgegner.....	120
6.	Prozessualer Rahmen.....	122
a.	Zuständiges Gericht.....	123
b.	Mehrere Kläger.....	124
aa.	Geltende Rechtslage.....	124
bb.	Reformüberlegungen.....	126
(1)	US-amerikanische class action.....	126
(2)	Reformvorschläge auf europäischer Ebene.....	127
cc.	Musterverfahren.....	128
c.	Beweisregeln.....	129
aa.	Grundsatz.....	129
bb.	Bestehende Erleichterungen.....	130
(1)	Beweislast für Freistellungsvoraussetzungen.....	131
(2)	Tatbestandswirkung anderer Entscheidungen.....	131
(3)	Schadensberechnung.....	133
cc.	Weitergehende Beweiserleichterungen.....	134
d.	Zivilprozessuale Informationsmittel.....	136
aa.	Zivilprozessuale Aufklärungspflichten.....	136
bb.	Zusammenarbeit mit der Kommission.....	137
(1)	Privater Durchsetzungsagent – Kommission.....	138
(2)	Zivilgericht – Kommission.....	139
(3)	Anzeigesystem?.....	141
(4)	Zusammenfassung zur Zusammenarbeit mit der Kommission... ..	142
e.	Kostentragungsregeln.....	143
7.	Zusammenfassung zur Sanktion des Schadensersatzes.....	145
III.	Sonstige Instrumente der privaten Durchsetzung.....	146
1.	Unterlassung und Beseitigung.....	146
2.	Vorteilsabschöpfung durch Verbände.....	148
3.	Ungerechtfertigte Bereicherung.....	149
IV.	Zusammenfassung zur privaten Durchsetzung von Art. 81 EG.....	150

Kapitel 4 Ökonomische Theorie der Rechtsdurchsetzung 151

A.	Allgemeine ökonomische Theorie der Rechtsdurchsetzung.....	151
I.	Grundlagen der ökonomischen Analyse des Rechts (Institutionenökonomik).....	151
II.	Annahmen.....	153
1.	Methodologischer Individualismus.....	153
2.	Homo oeconomicus.....	153
3.	Informationen.....	154
4.	Risikoeinstellung.....	156
III.	Ökonomisches Modell der Verhaltenssteuerung.....	157
1.	Verhaltensentscheidung von Individuen.....	157
2.	Privater Nutzen aus dem Normverstoß.....	158
3.	Private Kosten des Normverstoßes.....	159

a.	Erwarteter Sanktionswert	159
b.	Kosten der Begehung	160
4.	Verhaltenssteuerung durch Abschreckung	160
a.	Modell der Verhaltensentscheidung	161
b.	Einfluss des Rechtssystems	161
c.	Zweck der Sanktion in der ökonomischen Theorie	163
5.	Zusammenfassung zur Verhaltenssteuerung	163
IV.	Ökonomisches Modell der optimalen Rechtsdurchsetzung	164
1.	Optimale Rechtsdurchsetzung	164
a.	Berücksichtigung der gesellschaftlichen Durchsetzungskosten	165
b.	Modell der optimalen Rechtsdurchsetzung	166
c.	Bestimmung des optimalen Durchsetzungsniveaus	167
d.	Zusammenfassung zur optimalen Durchsetzung	168
2.	Gesellschaftliche Kosten des Normverstoßes	169
a.	Direkte Kosten des Normverstoßes	169
b.	Kosten der Durchsetzung	170
aa.	Aufdeckung	171
(1)	Existenz von unmittelbar Geschädigten	171
(2)	Verheimlichung des Normverstoßes	172
bb.	Verfolgung	173
(1)	Direkte Kosten der Verfolgung	174
(2)	Fehlerkosten	176
(a)	Arten der Fehler	177
(b)	Kosten fehlerhafter Entscheidungen	178
(aa)	Verringerte Abschreckungswirkung	178
(bb)	Risikotragung und Vermeidungsverhalten	179
(cc)	Anreiz der Durchsetzungsagenten	180
(dd)	Höhe der Fehlerkosten	180
cc.	Sanktionierung	181
(1)	Monetäre Sanktionen	182
(2)	Non-monetäre Sanktionen	183
c.	Sonstige Kosten	184
d.	Zusammenfassung zu den gesellschaftlichen Kosten des Normverstoßes	185
3.	Erreichen der optimalen Durchsetzung	185
a.	Instrumente des Durchsetzungssystems	185
b.	Optimale Kombination von Sanktion und Überführungswahrscheinlichkeit	186
4.	Zusammenfassung zum ökonomischen Modell der optimalen Rechtsdurchsetzung	188
B.	Ökonomische Theorie der öffentlichen und privaten Durchsetzung.....	188
I.	Öffentliche Durchsetzung	188
1.	Allgemeine Charakteristika der öffentlichen Durchsetzung	189
a.	Bestimmung des Durchsetzungsniveaus	189
aa.	Zielsetzung des Gesetzgebers	189
bb.	Zielsetzung des Durchsetzungsorgans	190
(1)	Eigennützige Ziele	190